

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde der Universität,

liebe Studierende,

herzlich willkommen an der Universität Potsdam. Ich bin zunächst einmal sehr dankbar, dass Sie den Weg zu uns gefunden haben, wohl wissend, dass der Jahresbeginn viele Neujahrsempfänge und andere Einladungen für Sie bereithält. Heute Abend haben Sie sich für die Universität Potsdam entschieden, was mich und meine Kolleginnen und Kollegen natürlich sehr erfreut.

2024 war von schwierigen politischen Gemengelagen geprägt, die wie stets auch ihre Reflexion auf den akademischen Campi dieser Welt finden. Die Kriege in Russland, in der Ukraine, in Israel und Palästina halten an. Amerika hat gewählt, aber das Wahlergebnis stimmt alles andere als optimistisch, ebenso wie die Regierungskrise hier in Deutschland viele verunsichert. Im Vergleich dazu gingen die Wahlen in Brandenburg noch glimpflich aus. Auch wenn sich über 40% der Wählerinnen und Wähler für relativ neue Parteien an den Rändern des klassischen politischen Spektrums entschieden haben, konnte eine Regierung mit einer stabilen Mehrheit gebildet werden. Eine Regierung mit vielen bekannten Gesichtern, eine Regierung, mit der wir Hochschulen in den kommenden Jahren konstruktiv zusammenarbeiten werden.

Öffentliche Hochschulen sind in demokratisch verfassten Ländern aus gutem Grund zur politischen Neutralität verpflichtet. Neutralität darf freilich nicht mit politischer Enthaltensamkeit verwechselt werden. Unser Job als Hochschulleitung muss gerade in schwierigen Zeiten sein, Freiräume für den Diskurs zu schaffen und zu sichern. Die israelischen Hochschulen haben genau das getan, als sie im Frühjahr 2023 gegen die geplante Justizreform der israelischen Regierung auf die Straße gegangen sind. Wir hatten just in jener Woche mit einer kleinen Delegation unsere Partnerhochschulen in Israel und Palästina besucht und die Demonstrationen in Tel Aviv miterlebt. Es wird für lange Zeit der letzte Besuch in der Region gewesen sein, wie man heute leider weiß, denn wenige Monate später begann mit der brutalen Terrorattacke der Hamas ein neuer Nahostkrieg.

Für den offenen Austausch und die auch kontroverse Diskussion bedarf es akademischer Freiräume, denn gerade in ihnen können Lösungsoptionen für die drängenden Menschheitsprobleme offen diskutiert und in die Politik und die Gesellschaft hinein kommuniziert werden. Daher begrüße ich jede Podiumsdiskussion und jede öffentliche Vortragsveranstaltung auf dem Campus, auch wenn ich mit so manchen Gästen gar nicht einer Meinung bin. Daher freue ich mich stets, wenn ich in der Presse Artikel von Lehrenden oder auch Studierenden unserer Universität lese oder die eine oder andere Kollegin abends in einer der bereits angesprochenen Talkshows erleben darf. Und daher bereitet mir es ein großes Vergnügen, wenn ich – wie kürzlich – in Indien den Fernseher einschalte und mir das Gesicht eines Potsdamer Kollegen entgegenstrahlt, der auf Englisch den Zuschauern neue Einsichten zum Zweiten Weltkrieg vermittelt.

Große Sorge beschleicht mich aber zunehmend ob der diversen gut gemeinten, aber schlecht durchdachten Versuche, diese so wichtigen Freiheiten einzuschränken, im Glauben, man würde so Menschen helfen, die aus welchen Gründen auch immer Benachteiligungen erfahren haben oder diesbezüglich gefährdet erscheinen. Schon mit den Ideen zur sogenannten „Cancel Culture“ sollten Studierende vor möglicherweise verstörenden Inhalten geschützt werden – dabei geht es an der Universität doch unter anderem darum, sich über möglicherweise verstörende Inhalte konstruktiv auszutauschen. Dazu muss man sie aber erst einmal kennen. Eine zu enge Regelung des Diskurses, wie sie auch in dem gerade vorgelegten Entwurf eines „Hochschulstärkungsgesetzes“ in Nordrhein-Westfalen versucht wird, mit dem Ziel, mehr gegenseitige Wertschätzung zu erzwingen, erscheint wenig hilfreich. Gegenseitige Wertschätzung lässt sich nicht per Gesetz vorschreiben. Vielmehr muss

sie eingeübt, gefördert, unterstützt und vorgelebt werden. Deswegen ist es Kernaufgabe von Universitäten, unsere Studierenden und Forschenden von der Relevanz wechselseitiger Wertschätzung und einer diversen und fairen Debattenkultur zu überzeugen. Für den Schutz von marginalisierten Gruppen gibt es mit dem Grundgesetz, dem Strafrecht und dem Hausrecht effiziente Instrumente, die wir in enger Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz und der Polizei auch durchsetzen.

Analog gilt dies im Übrigen für die nach wie vor intensiv geführte Debatte zum Antisemitismus an Hochschulen. Die vergangenen Monate haben ungeachtet diverser Rückschläge gezeigt, dass gut geführte Hochschulen auch in dieser extrem schwierigen Diskurslage autonom und kompetent agieren und eine sachgerechte Balance der Interessen garantieren können. Mit unserem als Querschnittseinrichtung agierenden Koordinationsbüro für Chancengleichheit und seinem Fokus auf Diversität und Antidiskriminierung ist uns dies an der Universität Potsdam jedenfalls bisher sehr gut gelungen. Herzlichen Dank dafür an Christina Wolff und ihre Kolleginnen! Mehr staatliche Regulierung, auch wenn sie gut gemeint ist, kann hier auch kontraproduktiv wirken.

Die Idee der öffentlichen, aber autonomen Universität unterscheidet uns klar von regierungsgesteuerten Hochschulen in Ländern wie Russland oder China. Die Autonomie der Wissenschaft, der Hochschulen, ist hierbei kein Selbstzweck. Sie dient der Gesellschaft, denn nur in Autonomie können wissenschaftliche Einrichtungen ihr Potenzial voll entfalten, nur so können sie bestmöglich zum Gemeinwohl beitragen. Und weil wir diesen Weg für den richtigen halten, zeichnen wir auch jedes Jahr Forschende mit dem Voltaire-Preis aus, Kolleginnen und Kollegen, die in schwierigen Situationen Großes geleistet haben, um Hochschulautonomie und die akademische Denk- und Redefreiheit zu sichern

Was haben all diese, wie es scheint, innerakademischen Diskussionen nun mit Brandenburg zu tun? Nun, eine ganze Menge. Denn es ist die Kombination von akademischer Freiheit und öffentlicher Finanzierung, die uns staatliche Hochschulen leistungsfähig macht und in die Lage versetzt, wesentlich zum Wohlstand, Wachstum und Lebensglück eines Gemeinwesens beizutragen. Genau darum ging es auch in Brandenburg, als vor gut zehn Jahren der Streit um die Hochschulfinanzen entbrannte. Viele von Ihnen mögen sich erinnern. Die brandenburgischen Universitäten waren die mit Abstand am schlechtesten finanzierten Deutschlands. Viele in der Politik, auch in den Chefetagen, hatten nur ein rudimentäres Verständnis davon, was forschungsstarke Universitäten für ein Gemeinwesen wie Brandenburg leisten können. Vielleicht lag es daran, dass viele die Zukunft hier vor allem im Tourismus sahen.

All das hat sich gedreht, zum Wohle unseres schönen Bundeslandes. Eine kluge Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik führte zu einem im Bundesvergleich bemerkenswerten Wachstum – nicht nur im Speckgürtel, wohlgeerntet, sondern auch in der Fläche. Und nun sage ich ganz selbstbewusst: Dieses Wachstum wäre ohne funktionierende Hochschulen nicht möglich gewesen. Insofern war die Entscheidung der 2014 ins Amt gekommenen Landesregierung, den Universitäten und Hochschulen jährliche finanzielle Nettoaufwüchse zukommen zu lassen, nicht nur gut für Lehre und Forschung, sondern eine essenzielle Investition in das Landeswohl.

Dass dies nicht selbstverständlich ist, zeigt der Blick nach Berlin, wo ein Senat auf Sparkurs die Hochschulen zu dramatischen Kürzungen zwingt. Warum macht er so etwas? Eine Erklärung ist, dass die unterschiedlich langen Planungshorizonte von Politik einerseits und Wissenschaft andererseits dazu führen, dass die Politik sich mit langfristigen und nachhaltigen Investitionen in die Forschung oft schwertut. Denn das Geld wird jetzt fällig, die Ergebnisse können aber Jahre, manchmal auch Jahrzehnte auf sich warten lassen. Da ist die Versuchung groß, eben doch mal ein paar Millionen Euro im laufenden Haushalt zu kürzen oder den Hochschulbau einfach einzufrieren, hoffend, dass uns die

Decke nicht so bald auf den Kopf fallen wird – wobei genau dies an der TU Berlin bekanntlich erst vor Kurzem passiert ist.

Umso dankbarer bin ich der brandenburgischen Landesregierung, dass sie den eingeschlagenen Kurs trotz der ebenfalls nicht ganz einfachen Haushaltslage fortsetzen wird. Und Sie wissen, ich sage dies nicht primär aus Hochschulsicht, sondern in Sorge um die langfristige Entwicklung unseres Bundeslandes. Spitzenforschung, meine Damen und Herren, ist ein wichtiger *Standortfaktor* für ein Land im Aufbruch wie Brandenburg. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt kommen zu uns nach Potsdam, um in unseren nunmehr vier Sonderforschungsbereichen und den vielen Graduiertenkollegs und Forschungsgruppen mitzuwirken. Viele von ihnen bleiben auch langfristig hier, ebenso wie viele hochbegabte Studierende aus aller Welt, die sich in Potsdam für unsere englischsprachigen Masterprogramme einschreiben. Und so mancher Wissenschaftler, so manche Wissenschaftlerin gründet später auch ein Unternehmen – in Brandenburg!

Unsere Forschungsschwerpunkte passen aber nicht nur nach Brandenburg, sondern sie passen auch zu den globalen Herausforderungen. Lassen Sie mich ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige Beispiele nennen.

Die Fortschritte in der Künstlichen Intelligenz halten uns alle in Atem. So wird z.B. schon in wenigen Jahren der Knopf im Ohr oder im Brillengestell fast jede gesprochene Sprache in Echtzeit in unsere Muttersprache übersetzen und umgekehrt. Dies wird uns übrigens auch veranlassen, die Rolle des Fremdsprachenunterrichts in Schulen und Hochschulen zu hinterfragen. Derartige Entwicklungen sollten wir nicht allein anderen Ländern überlassen. Daher bauen wir in der Künstlichen Intelligenz, der Linguistik und den Kognitionswissenschaften weiter aus, auch dank der anhaltenden finanziellen und inhaltlichen Unterstützung des großartigen Hasso Plattner und seiner Stiftung.

Auch unsere Umwelt-, Geo- und Klimawissenschaften stellen sich den einschlägigen Herausforderungen und tragen dazu bei, die Energiewende nachhaltig zu gestalten. Denn beim Einsatz von Solar- und Windenergie ist einem mit Durchschnittswerten nicht wirklich gedient, solange in Dunkelflauten einfach nicht genug Energie für das Land produziert wird. Hier muss über Batterietechniken nachgedacht werden oder – allgemeiner gesprochen – über die Umwandlung der von Sonne und Wind produzierten Elektronen in speicherbare und einfacher transportierbare Moleküle. Auch dazu wird an der Universität Potsdam geforscht, insbesondere in unserer Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Das Thema Gesundheit spielt nicht nur in unserer gemeinsam mit der BTU und der MHB getragenen Fakultät für Gesundheitswissenschaften, die gerade einen Studiengang „Public Health, Exercise and Nutrition“ auf den Weg gebracht hat, eine Rolle. Auch in der zusammen mit dem HPI getragenen Digital Engineering Fakultät geht es um Gesundheit, ebenso in der Humanwissenschaftlichen Fakultät mit ihrer Hochschulambulanz und in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät mit ihrer Forschung zur Gesundheitsökonomie. Gerade bei so komplexen Themen wie Gesundheit zeigt sich die Relevanz des inter- und transdisziplinären Austauschs, über Fakultätsgrenzen hinweg und mit unseren Partnern in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, in der Politik und Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft.

Lassen Sie mich schließen mit einem Dank an alle, die zu unseren Erfolgen beigetragen haben. Dank an die vielen, die mit ihrer Lehre, ihrer Forschung und ihren Transferaktivitäten die Universität und damit die Gesellschaft Tag für Tag voranbringen. Dank den Studierenden und ihrer Vertretung, dem AStA und dem Studierendenparlament. Dank den Kolleginnen und Kollegen, dass sie sich von Kritik nicht einschüchtern lassen, sondern in den Hörsälen und auch öffentlich klar ihre Meinung vertreten, dabei die durch das geltende Recht und durch Anstand definierten roten Linien respektieren und, wenn erforderlich, diese auch von ihren Mitdiskutanten einfordern. Dank an unsere Personalräte und

Gremien für ein ungeachtet so mancher Kontroverse außerordentlich konstruktives Miteinander. Dank an unser Zentrum für Informationstechnologie und Medienmanagement (ZIM), dass es vor ein paar Wochen einen bedrohlichen Angriff auf unsere IT souverän abgewehrt hat – hier darf ich auch ein paar Namen nennen, nämlich den unseres CIOs Dr. Peter Kostädt und drei seiner Mitstreiter: Dirk Bußler, David Kotarski und Paul Voß. Das war eine tolle Leistung! Dank an unseren Kanzler und die beiden Vizepräsidentinnen, dafür, dass wir so ein Superteam bilden. Und schließlich Dank an mein Präsidialbüro und unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unter Leitung der Kolleginnen Dr. Scharioth und Dr. Engel, nicht nur, dass sie mir den Rücken freihalten, sondern auch dafür, dass sie mehrmals im Jahr ganz großartige Veranstaltungen wie die heutige klaglos und gleichwohl hochprofessionell organisieren.

Meine Damen und Herren, ein Künstler, den ich sehr verehere, der 1991 verstorbene Jazzmusiker Miles Davis, hat einmal zu einem jüngeren Kollegen gesagt: „Junge, wenn Du ein guter Jazztrompeter werden willst, darfst Du nicht die Noten spielen, die da auf Deinem Blatt stehen. Du musst die Noten spielen, die noch nicht da stehen.“ Das möchte ich zum Schluss meiner Ausführungen meinen Kolleginnen und Kollegen, vor allem auch den jüngeren unter ihnen, aber auch Ihnen allen zurufen. Verschenden Sie ihr Leben nicht damit, nur die Noten zu spielen, die Sie jeden Morgen auf Ihrem Blatt vorfinden. Spielen Sie die Noten, die noch nicht da stehen! Bringen Sie neue Ideen in die gesellschaftlichen Debatten ein, nutzen Sie Ihre Gestaltungsfreiräume – auch wenn es zu Gegenwind führt. Dafür sind wir Universitäten da, und mitten im Gegenwind, vorne am Bug mit der Stirn in der Gischt, nutzen Universitäten dem Gemeinwohl am meisten.